

Gärtner-Zeitung

Organ des Verbandes der Gärtner und Gärtnerarbeiter, Sitz Berlin

Veröffentlichungsblatt der Gärtner-Krankenkasse (Ersatzkasse) Sitz Hamburg

Bezugspreis vierteljährlich durch die Post 1,50 M.
vierteljährlich durch Streifband 1,80 M.

Schriftleitung: Berlin S 42, Luisenufer 1. Tel. Mpl. 3725
Postcheckkonto: Berlin 10 301, Albert Lehmann

Erscheint alle 14 Tage Sonnabends

Anzeigenpreis: Die sechsgesp. Millimeterzeile 0,15 G.-M., Reklamezeile, zweigesp. Millimeterzeile 0,60 G.-M. Bei Abschlüssen Rabatt, der nur als Kasserabatt gilt. Verbandsmitglieder zahlen für Gelegenheits-Anzeigen pro Wort 0,10 Goldmark, das fettgedruckte Ueberschriftswort 0,30 Goldmark. Die Preise sind freibleibend. Alleinstufige Anzeigenannahme durch Krieger-Dank G. m. b. H., Berlin SW 61, Belle-Alliance-Str. 16. Fernsprecher: Lützw 8854 u. 4759. Postscheckkonto Berlin 47910.

Werbenummer für Westdeutschland.

Rheinlands Zeit- und Streiffragen.

Die mit dem Ruhereinbruch zusammenhängende Erdrosselung der gesamten Wirtschaft im besetzten Gebiet hat auch aus den Reihen unserer Berufskollegen Opfer gefordert. Dies richtig zu würdigen, wird wohl einer späteren Zeit vorbehalten werden müssen, wenn erst einmal der dicke Strich unter dieses für beide Parteien so zweifelhafte Unternehmen gezogen worden ist. Feststellen kann man indessen schon heute, daß dieses Ereignis für die meisten gärtnerischen Betriebe und insbesondere die dort beschäftigten Arbeitnehmer katastrophale Folgen hatte. Vorwiegend die kleineren und mittleren Betriebe, die mit Lizenzen und Einfuhrscheinen nicht so gut umzugehen verstanden, waren die Träger und Opfer des passiven Widerstandes. Dagegen haben es die meisten Großfirmen verstanden, sich auch hier wieder den Zeitverhältnissen anzupassen und sogar aus dem passiven Widerstand ein Geschäft zu machen. Betont muß allerdings werden, daß hierbei das dort beschäftigte Personal von diesen Arbeitgebern auf keinen Fall um den Ruhm gebracht werden sollte, sich patriotisch betätigen zu dürfen, d. h. mit anderen Worten, trotz der ausgeübten Tätigkeit wurden Löhne gezahlt, deren Höhe auch diese Kollegen zu „passiven Widerstandskämpfern“ machte. Denn die Existenz des „Arbeitnehmers“ war in dieser bahn- und verkehrlosen Zeit eine Frage zweiter Ordnung. Das so oft gepriesene und bei vielen Firmen sogar angestammte „Wohlwollen“ mußte Geschäftsücksichten weichen, auch wenn die eigenen Arbeitnehmer am Wochenschluß statt des verdienten Lohnes salbungsvolle Versprechungen für ihren knurrenden Magen erhielten. Ja, es gab und gibt heute noch Firmen, deren Arbeitnehmer dauernd zwischen Betrieb und Stempelabrick pendeln, je nachdem es die „höheren“ Betriebsinteressen erfordern.

Eine Anzahl bekannter Gartenarchitekten und Landschaftsgärtner haben sich in dieser so ereignisvollen Zeit in Tiefbauunternehmen umgewandelt und betrachten sämtliche Aufträge für Neuanlagen und Gartengestaltungen von dem Standpunkt der Erdbebewegung aus, wobei natürlich auf die gekerkte Kraft des Gärtners, weil teurer, weniger Wert gelegt wird als auf Arbeitnehmer, die sich mit dem Tiefbauarbeiterlohn begnügen. Auf diese Weise würden von den „Führern“ des rheinischen Gartenbaues in bewußter Weise, lediglich aus Profitgründen, Berufsinteressen geopfert, die auch in einer wirtschaftlich günstigen Zeit nicht eingeholt werden können. Die Arbeitnehmer, die Tausende von jungen Leuten, die aus den Lehrlingsbruststätten herauskommen, haben das Nachsehen bei diesem planmäßigen Abbau der gelernten Kräfte, und trotzdem erschallt immer noch der Werberuf der hier sattem bekannten beruflichen Wanderprediger. Doch die Arbeitnehmerschaft von heute ist nicht mehr die von gestern! Auch wir haben aus der Entwicklung des passiven Widerstandes und der Einstellung der Arbeitgeber gelernt und werden es zu verwerten wissen, wenn die passende Zeit gekommen ist. Wir haben nichts vergessen, aber vieles dazu gelernt, und der knurrende Magen des Arbeitnehmers einerseits und die vielen Betriebsveränderungen und Vergrößerungen bei den Arbeitgebern andererseits werden manchem Kollegen die Augen öffnen und ihn sehend machen für seine eigene Lebensaufgabe.

Wenn man diesen wirtschaftlichen Niedergang der kleinen Betriebe, aber vorwiegend der Arbeitnehmerschaft innerhalb unseres Berufes berücksichtigt, so kann man verstehen, daß unter diesen Verhältnissen für unsere Organisation keine allzugroße Möglichkeit zum Aufstieg vorhanden war. Nicht unerwähnt mag dabei werden, daß sich in den großen Betrieben die maßgebenden Kollegen zum größten Teil ebenfalls „zeitgemäß“ umstellen und aus Mitarbeitern nur noch Mitgenießer wurden. Neidlos haben diese kurzsichtigen Arbeitnehmer ihren aufrechten Kollegen die

Sorge um notwendige Erhöhungen der Tarifsätze überlassen; blind auf beiden Augen für Beitragszahlung und Mitarbeit, dagegen kilometerweit scheidend, wenn irgendwo ein neues Tarifergebnis zu wittern war. Dem alten Stamm unserer Kölner und Düsseldorfer Kollegen, der es dafür auch noch nicht zum „Schieber“ oder „Oberschachtmeister“ gebracht hat und den wenigen vorwärts strebenden jungen Kollegen haben wir es zu verdanken, wenn der Tarifgedanke trotz Unternehmerdruck und größter Arbeitslosigkeit sich behaupten konnte und jetzt sogar den Vormarsch in die anderen Gebiete antreten kann.

Die schlimmste Zeit der Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit dürfte nun für unsere Kollegen vorüber sein, ein Aufstieg, eine Belebung der Wirtschaft im besetzten Westen steht bevor, wenn auch der größte Teil des Winters noch vergehen dürfte. Und da gilt es für alle Kollegen, sich aufzuraffen, mit Entschlossenheit die kommende Situation auszunutzen und jetzt die nötigen Vorbereitungen dazu zu treffen.

Wo die ganze Wirtschaft brach lag, wo nur ein reichliches Bäckerdutzend Kollegen in den größten Orten des Bezirks ihre Berufsexistenz fand, war für Kampf und Verwirklichung gewerkschaftlicher Pläne kein geeigneter Boden. Jetzt, wo sich das Blatt zu wenden beginnt, müssen alle Hebel in Bewegung gesetzt werden, um wirklich vorbildliche Verhältnisse in dem einst so schaffens- und tatenfreudigen Westen zu erreichen. Daran muß jeder Kollege im Gau beteiligt sein. Weit vorgeschobene Horchposten müssen langsam ihre Agitationsnetze auswerfen, innerhalb ihrer Wirkungszone die Betriebe umschleichen und nach frisch importierten „Kunstgärtnern“ Umschau halten. Aber auch die großen Verwaltungen müssen ihre Generalstabskarten korrigieren und die erforderlichen Maßnahmen treffen, um in der nächsten Zeit in Betriebe einzudringen, hinter deren Toren die deutsche Reichsverfassung abgebaut wurde.

Wenn jedes Mitglied in der kommenden Zeit seine Pflicht tut, dann muß der ganze Westen in Aufruhr geraten, nach der langen Zeit der Krise und persönlicher Zurückhaltung muß eine elementare Bewegung geschaffen werden, die keinen Betrieb übersieht, jede reaktionäre Insel wegschüpft und alles mitreißt, was dem Beruf in der kommenden Zeit als Arbeitnehmer zugeführt wird. Dann können wir hier im kommenden Frühjahr mit berechtigter Hoffnung ans Bergen der Ernte herangehen, die uns eine politisch und wirtschaftlich miserable Zeit solange vorenthalten hat. Als o Kollegen Rheinland-Westfalens! Alle Mann als Pioniere vor die Front! A. Warzecha, Düsseldorf.

Berufsstreiflichter aus dem Gau Frankfurt a. M.

Die günstige geographische Lage der alten Hansestadt Frankfurt a. M., umgeben von Gebirgen und durchzogen vom Main, schuf schon vor Jahrzehnten einen für die Gärtnerei günstigen Boden. Mehrere sehr reiche Familien ließen sich hier nieder und sind noch heute im Besitze größerer Privatgärtnereien. Ebenso bildeten die ausgedehnten städtischen Anlagen und der Palmengarten schon seit Jahren Anziehungspunkte für den Fremdenverkehr. Die Zahl der im Stadtgebiet beschäftigten gärtnerischen Arbeitnehmer ist mit etwa 500 zu berechnen. Davon entfallen etwas mehr als 100 auf die Stadtgärtnerei, von den restlichen 400 verteilen sich etwa 100 auf die Privatgärtnerei, 100 auf die Landschaftsgärtnerei und 200 auf die Handelsgärtnerei.

Die früher so blühenden Privatgärtnereien haben während der Geldentwertung sehr gelitten. Wiederholt wurden Leute entlassen, Arbeitszeitverkürzungen durchgeführt und keine Materialien mehr angeschafft. Heute geht es wieder vorwärts,

Kollegen, bestellt den Verbandskalender, er kostet nur 1 M. zuzüglich 10 Pf. Porto

und es werden durchgängig bessere Löhne gezahlt wie in Friedenszeiten. Der Palmengarten gehört einer Privatgesellschaft und hatte mit den gleichen Schwierigkeiten zu kämpfen. Wiederholt mußte mit seinem finanziellen Zusammenbruch gerechnet werden, und noch heute lasse die Pflanzenbestände und die Instandhaltung mancherlei zu wünschen übrig. Die Reparaturarbeiten, die zur Zeit vorgenommen werden, lassen aber erkennen, daß auch hier die Krise überwunden ist, und daß sich Geldleute gefunden haben, denen sehr viel an der Erhaltung dieses Institutes gelegen ist.

Die Landschaftsgärtnerei in Frankfurt a. M. stand von jeher in gutem Rufe, und es wurden viele Arbeiten in anderen Städten und selbst im Auslande durch hiesige Firmen ausgeführt. Der größte Teil der Arbeitnehmer fand bei den Unterhaltungsarbeiten dauernde Beschäftigung. Die Geldentwertung, verbunden mit den Besetzungsschwierigkeiten, hat hier verheerend gewirkt, sodaß die größeren Firmen kaum noch die Hälfte ihrer früheren Belegschaften beschäftigen. Dagegen hat das Kleinmeistertum in beträchtlicher Weise zugenommen und stürzt sich deshalb wie Aasgier auf die abgetriebenen Gärten. Die größeren Landschafts-Firmen erheben nämlich auf die Stundenlöhne einen Kundenaufschlag von mindestens 100 Proz., während das Kleinmeistertum wesentlich billiger arbeitet und dadurch zugleich die Existenzmöglichkeit der Arbeitnehmer bedrängt, die ohnedies immer mehr zu Saisonarbeitern werden. Eine Änderung dieses Zustandes dürfte erst dann eintreten, wenn es der Arbeiterschaft gelingt, das gegenwärtige Mißverhältnis zwischen Arbeitslohn und Preisberechnung zu beseitigen.

Unsere Handelsgärtnerei gliedert sich in Schnittblumenkulturen, Friedhofs-, Markt- und Gemüsegärtnereien. Die meisten Arbeitskräfte beschäftigen die Schnittblumenkulturen, darunter die Firma Fr. Sinai allein mehr als Hundert. Sie hat damit ihre Friedensstärke wieder erreicht und ist eifrig bemüht, den Betrieb zu vergrößern bzw. zu modernisieren. Fast ein Drittel des gesamten Betriebes wird zur Zeit abgerissen und neu aufgebaut. Trotz der angeblich immer schlechten Geschäftslage und der drohenden Auslandskonkurrenz scheint es demnach doch rentabel zu sein, immer wieder neues Kapital in den Betrieb zu stecken. Wenn auch bei großen Angeboten die Preise vorübergehend sinken, so stehen sie doch wesentlich höher als in Friedenszeiten, und trotzdem finden die Waren meist guten Absatz.

Das gleiche gilt auch für die übrigen Branchen der Handelsgärtnerei. Ob aber die Preise dauernd auf dieser Höhe gehalten werden können, erscheint uns nach früheren Erfahrungen etwas zweifelhaft. Wir vermessen vor allem die regulierende Tätigkeit der hiesigen genossenschaftlichen Organisation. Sie beschränkt sich nur auf die Beschaffung von Rohmaterialien und Festsetzung von Preisen. Einen nennenswerten Einfluß auf planmäßige Produktion, Verkaufs- und Absatzmöglichkeiten hat sie bisher nicht erlangen können. Es besteht deshalb wie früher die Gefahr, daß einzelne Waren in so großen Mengen auf den Markt geworfen werden, daß die alte Preisschleuderei bald wieder Platz greift und damit ein erhöhter Druck auf die Verlängerung der Arbeitszeit und Kürzung der Löhne ausgeübt wird.

Nur durch eine gute Arbeitnehmerorganisation ist es möglich, die wichtigsten Bestandteile der Produktion, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse für alle Betriebe gleichmäßig zu gestalten. Diese können dann nur durch bessere technische Einrichtungen und Kulturmethoden sich gegenseitig Konkurrenz bieten. Es liegt also in der Hand der Arbeitnehmer, diese Fortschritte zu erzwingen, damit nicht wie bisher billige Löhne und längere Arbeitszeit eine reelle Konkurrenz unmöglich machen. Ältere und leistungsfähige Arbeitskräfte können nur dann dem Berufe erhalten bleiben und Qualitätsware erzeugen, wenn unsere Existenzmöglichkeiten mit denen der übrigen Arbeiterschaft übereinstimmen. Wir haben das Vertrauen, daß die deutsche Gärtnerei sich auch in Zukunft behaupten wird, nur darf sich die Kollegenschaft in ihrem Streben nach Verbesserungen der Daseinsbedingungen nicht betören lassen. Die ältere Kollegenschaft, die den Ernst der Aufgabe erfährt hat, zählt heute zu den zuverlässigen Mitarbeitern und regelmäßigen Versammlungsbesuchern, während die Jugend selbst für die berufliche Ausbildung sehr wenig Interesse zeigt. In der Vorkriegszeit war es fast überall umgekehrt, da zählten die Jungen zu den ungestümsten Kämpfern; veranlassen wir deshalb auch heute wieder die Jugend zum Nachdenken über den ethischen Kern unserer Bewegung, über die historische Aufgabe der Arbeiterschaft zur Umgestaltung der Wirtschaftsordnung, und die Zukunft wird unser sein!

Das über die Berufsfrage Gesagte gilt auch für die übrigen Orte meines Tätigkeitsgebietes. Wiesbaden, die alte Kur- und Bäderstadt, hatte in der Nachkriegszeit nur eine Scheinkonjunktur. Das ausländische Publikum, insbesondere die französischen Offiziere, legte zwar anfänglich sehr viel Geld für Blumen an, heute ist auch dies vorüber, denn der Frank steht sehr tief, und die Zahl der Kurgäste erreicht kaum ein Drittel des Friedensstandes. Die Landschaftsgärtnerei ist fast zum Erliegen gekommen und die Stadt macht, im Vergleich zu früher,

einen sehr nüchternen Eindruck. Die Mainzer Gärtnereien, fast nur Kleinbetriebe, waren zumeist auf den Versand eingestellt und dürften erst jetzt, nach dem die inneren Zollschranken gefallen sind, wieder aufatmen. Die Heidelberger Landschaftsgärtnerei ist eine Kriegserscheinung. Mit ausländischem Kapital wurden dort große Villenbauten und Neuanlagen ausgeführt, weil sich zahlreiche Kriegsgewinnler u. dgl. in dem herrlichen Neckartal ansiedelten. Wie sich die Dinge weiter entwickeln, bleibt abzuwarten.

In der Pfalz ist mit Ausnahme von Ludwigshafen und Speier die Gärtnerei schon immer bedeutungslos gewesen, und es werden nur wenige Arbeitskräfte beschäftigt. Die Firma Velden in Speier z. B. hat einen Teil ihres Betriebes verkauft und arbeitet heute nur noch mit einem Drittel des früheren Personals. Die Versuchsgärtnerei der Badischen Amilin- und Sodafabriken litt unter dem Druck der Verhältnisse auf die gesamte chemische und manche andere Industrie in meinem Gaubeiete. Am schwersten sind aber wohl die Badeorte durch das Ruhrabenteuer betroffen worden. In Bad Homburg hatte sogar die Stadt den Kur- und Badebetrieb an eine Privatgesellschaft verpachtet, die aber infolge des ungünstigen Wetters auch nicht auf ihre Rechnung kam und den größten Teil des gärtnerischen Personals zum 1. Oktober gekündigt hat.

Zur Zeit stehen wir aber an einem Wendepunkte! Durch die Annahme des Dawes-Gutachtens sind die sogenannten Flaschenhälse von der Besetzung geräumt, der Druck der Besatzung ist beseitigt, die Zollgrenze und Einreiseschwierigkeiten sind gefallen, die Regiebahnen werden wieder den übrigen Reichsbahnen zurückgegeben, die internationale Anleihe kann als gesichert gelten; im Januar sollen schon Teile des Kölner Brückenkopfbereiches geräumt werden, kurz es bestehen erfreuliche Ansätze für die Wiederbelebung von Industrie, Handel und Verkehr im besetzten Gebiete, die sich zweifellos auch auf unseren Beruf auswirken werden. Infolgedessen haben wir gar keine Veranlassung, Pessimisten zu sein, sondern die Pflicht, alle Möglichkeiten auszunutzen, um wieder vorwärts zu kommen, unseren Kollegen Aussichten auf eine dauernde Existenz in ihrem Berufe zu bieten.

Wohlan, zur Arbeit, und wenn sich auch vorerst nur Wenige finden, die bereit sind, mitzuarbeiten am eigenen Wohl und Wehe, am Bestand und Ausbau unseres Verbandes, so werden wir doch unverdrossen unsere Pflicht tun, bis unsere Gedanken immer weitere Kreise der Kollegen in ihren Bann schlagen und uns trotz aller Hindernisse zum Ziele führen! Fritz Fuchs, Frankfurt a. M.

Bezirksgärtnertag der Verwaltung Industriebezirk in Essen.

Trotz der denkbar schlechtesten Witterung hatte sich die Kollegenschaft so zahlreich eingefunden, daß auf Grund der hiesigen Berufsfrage mit Fug und Recht von einem Massenaufmarsch gesprochen werden kann. Pünktlich setzten sich die Kolonnen durch die Anlagen am Haumannshof, Kruppschen Wald zur Stadtgärtnerei, in Bewegung, wo sich noch eine Anzahl Nachzügler eingefunden hatten. Inzwischen war auch der Wettergott auf uns aufmerksam geworden und hatte für die Dauer der Besichtigung seine Schleußen geschlossen, so daß nunmehr die Besichtigung der umfangreichen Anlagen der Stadtgärtnerei unter fachmännischer Führung vor sich gehen konnte. Anschließend ging es zur Kruppschen Gärtnerei, und ich glaube, daß jeder Teilnehmer vollauf zufrieden gestellt wurde.

Nachdem sich jeder im Lokal Dünker gestärkt und von dem mehrstündigen Fußmarsch erholt hatte, ergriff Kohl Zinke das Wort zur Begrüßungsansprache. Zunächst rief er allen Teilnehmern ein recht herzliches Willkommen zu und streifte im Verlauf seiner Ausführung die Bedeutung des Tages, indem er folgende vier Punkte in den Vordergrund schob: 1. sollte diese Veranstaltung von agitatorischer Bedeutung sein, 2. in geselliger Hinsicht förderlich wirken, 3. Fachwissenschaftliches bieten und 4. hat diese Veranstaltung historische Bedeutung.

Zu diesen Punkten gab Redner die erforderlichen Erläuterungen und wies, besonders unter Punkt 1, auf die Notwendigkeit der Organisation hin, brachte interessante Beispiele aus Orten mit Tarifverträgen, gegenüber denen, wo das nicht der Fall ist und wies nach, daß wenn die Kollegen Opfer für den Verband scheuten, sie riesige Verluste zu tragen hätten, die sie an eigenen Leibe zu spüren bekämen. Dieses Übel müßte durch tatkräftige Mitarbeit Aller unbedingt beseitigt werden. Ferner wies Redner darauf hin, daß mit Hebung der wirtschaftlichen Lage sich soziale Kämpfe entwickeln würden, die besonders der Arbeitszeit gelten, wobei auch wir Gärtner unseren Mann zu stellen haben. Das sei jedoch nur dann möglich, wenn der Einzelne die erforderliche gewerkschaftliche Schulung besäße.

Eines besonderen Hinweises bedurfte der Punkt 4 „historische Bedeutung“. Heute vor 4 Jahren, am 21. September 1920, waren die Kollegen aus den Zechen- und Werks-Gärtnereien zu einer

Konferenz in Essen geladen, um zu ihrem Berufsverhältnis gegenüber den großen industriellen Werken Stellung zu nehmen. Forderungen wurden aufgestellt: wie alle auf den Zechenbetrieben mit gärtnerischen Arbeiten beschäftigten Personen fallen unter den mit dem Zechenverband abgeschlossenen Tarifvertrag. Die gelehrten Gärtner, welche eine Lehrzeit durchgemacht haben und diese nachweisen können, werden in der Entlohnung den Handwerkern gleichgestellt. Diese Forderungen sollten als Richtlinien für die Verbandsleitung gelten, die für deren Verwirklichung Sorge zu tragen hätte. Es wurde nachgewiesen, daß diesem vollauf Rechnung getragen ist, und die Forderungen zur Durchführung gekommen sind. Die damalige Tagung muß demnach als Grundlage für die Gründung der Verwaltung Industriebezirk betrachtet werden, welche sich zum Vorteil der gesamten Kollegenschaft ausgewirkt hat. Mit einem dreifachen Hoch auf unsere Gärtnerbewegung, in welches die Anwesenden begeistert einstimmten, schloß Redner seine Ausführungen.

Nummehr ergriff Kollege Kruttwig das Wort zu seinem Vortrag über „Grünanlagen und ihre Bedeutung“. Seine Ausführungen waren im volkswirtschaftlichen Sinne gehalten und ist daraus hervorzuheben, daß gerade hier im Industriebezirk, wo Millionen von Menschen auf verhältnismäßig engem Raume wohnen, Grünanlagen von hervorragender Bedeutung sind und wir Gärtner als die berufensten Vertreter uns dieses Problems mit besonderer Wärme annehmen müßten. Der rege Beifall bewies, daß jeder einzelne das nötige Verständnis für seine Ausführungen hatte.

Zum Schluß ergriff der Bezirksvorsitzende, Kollege Strötgen, das Wort zu einer kurzen Ansprache, in der er zur tatkräftigen Mitarbeit aufforderte, da sich deren Ergebnis doch zum Wohle aller im Gartenbau beschäftigten Personen auswirken müsse.

Der nummehr einsetzende gemütliche Teil war ganz das, was er in seinen Worten verspricht. Nur allzu schnell waren diese Stunden vorüber. Aber dessen sind wir uns alle bewußt, daß jeder Teilnehmer einen genussreichen Tag verlebte hatte, und viele wünschten deshalb, etwas derartiges recht bald zu wiederholen.

Als Nachsatz füge ich hinzu: Tue nun ein jeder im Sinne unserer Veranstaltung seine Pflicht gegenüber der Organisation, dann sind wir überzeugt, daß im nächsten Jahre sowohl die Schar der Besucher als auch die erzielten Erfolge noch weit größer sein werden.

P. Zinke, Essen a. R.

Köln.

Wir leben in der Zeit der werdenden Gartenstadt; das hat auch einen Umschwung in den Arbeitsverhältnissen der Kollegen und zugleich in unserer Ortsverwaltung mit sich gebracht. Während wir bis zum Ausbruch des Krieges einen Mitgliederbestand von 160 Kollegen hatten, welche sich aus Landschafts-, Topfpflanzen-, Stadt- und Privatgärtnern zusammensetzten, mustern wir heute 500 und davon nur wenige aus Topfkulturen.

In der Vorkriegszeit zählte Köln als Gartenstadt nicht mit. Unsere Kollegen arbeiteten für eine kleine Schicht Bessergestellte, welche auch an ihrem Garten und Blumen überhaupt Freude hatten. Daß der Gärtner dabei schlechter bezahlt wurde wie fast alle anderen Handwerker, galt als selbstverständlich. Jedoch konnte der Verband auch damals schon für die Handels- und Landschaftsgärtnerei, wenn auch unter den schwersten Verhältnissen, einen Tarif schaffen.

Nach dem Kriege schien es eine Zeit lang, als sollte unser Beruf von den durch den Krieg entstandenen Neureichen profitieren; doch das war nur eine kurze Spanne, denn in der Inflationszeit ging es wieder bergab. Erst die Tatkraft des Kölner Oberbürgermeisters Adenauer schuf hierin eine Änderung. Er fand für seine Gartenstadtgedanken bei den Stadtverordneten nach anfänglichem Widerstand wachsendes Verständnis. So konnten denn Professor Schumacher und Gartendirektor Encke ihre Pläne zum Teil schon zur Ausführung bringen. Dies brachte nun auch wieder vermehrte Beschäftigungsmöglichkeiten für uns. Heute arbeitet die Mehrzahl unserer Kollegen für die Allgemeinheit und steht unter gesicherten Arbeits- bzw. Tarifverhältnissen.

Wenn nun die Zeit kommt, wo die privaten Gartenbesitzer wieder etwas mehr an ihren Garten wenden, ist eine kraftvolle Ortsgruppe vorhanden, welche es nicht zulassen wird, daß die Vorkriegsverhältnisse wieder eingeführt werden. Hoffen wir deshalb, daß unsere Topfpflanzen-Kollegen bald einsehen lernen, daß sie Fachvorträge in einer starken Berufsorganisation mit eigener guter Fachzeitschrift ebenfalls haben können, ohne sich von einem Fachverein seligen Angedenkens so einranken zu lassen, daß sie ihre miserablen Arbeits- und Lohnverhältnisse nicht mehr sehen.

Daß in Köln der freigewerkschaftliche Gedanke marschiert und für Freunde von anderen Fakultäten nichts mehr zu holen ist, beweisen kurz folgende Zahlen: Nach dem Kriege hatte z. B. die christliche Gärtnerorganisation hier eine Ortsgruppe von

300 Mann und heute eine solche von knapp 15 Mitgliedern, während wir am Schlusse des Krieges nur 15 Mann zählten und heute auf 500 angewachsen sind, wie schon anfangs erwähnt.

Darum auf, holt alle arbeitnehmenden Gärtner in ihre Berufsorganisation, in den Verband der Gärtner und Gärtnerei, Arbeiter, damit durch straffes Zusammenhalten unser Beruf für alle eine Existenzmöglichkeit bietet!

A. Pabst, Köln.

Junggärtnerstag in Bonn.

So möchte ich den Eintagskursus vom 20. Juli in Friesdorf bei Bonn bezeichnen. Es war Herrn Garten-Inspektor Löbner gelungen, zu dieser Veranstaltung recht viele Junggärtner zusammen zu bekommen und man konnte beobachten, wie groß die Berufsfreude der heranwachsenden Generation ist. Wehe unserem Beruf, wenn er nicht in Erfüllung gehen läßt, was manch junger Schwärmer erträumt!

Freiherr v. Solemacher als Vorsitzender des Gärtnereiausschusses und des Kuratoriums der gärtnerischen Versuchsanstalt begrüßte die Erschienenen und wies auf die schwere Zeit hin, die auch die Gärtner durchzumachen habe. Die jungen Gärtner müßten ihres schönen Berufes eingedenk bleiben und wieder mehr die Pflichten in den Vordergrund treten lassen, anstatt — wie es bisher der Fall war — immer nur an die Rechte zu denken (!) Im Interesse des Vaterlandes (soll wohl heißen: „Unternehmer“) und seiner Wiedergesundung müsse erheblich mehr wie bisher gearbeitet werden (!), so schloß der Herr Baron seine Ansprache. Besonders betonte er, daß die Gärtnerei zur Landwirtschaft gehöre und die Landwirtschaftskammer Bonn würde sich mehr wie bisher ihres Pflégelings annehmen.

Garteninspektor Löbner sprach über Lehrvertrag, Lehrlings- und Obergärtnerprüfung und schilderte den Werdegang des Aufstiegs. Vor allem empfahl er eine gewissenhafte Tagebuchführung als unerlässlich für den Gärtner. Die jetzige Gärtnerjugend liebe darin viel zu wünschen übrig, vor 8 Jahren sei die Berufs-„disziplin“ besser gewesen (aha!) Lehrjahre wären nun einmal keine Herrenjahre. Der Lehrling müsse sein ganzes Streben auf die Berufsfähigkeit konzentrieren, um die Selbstständigkeit zu erreichen. (Wieviel Hunderttausend Handelsgärtner soll es denn dann geben? Die Schrift!) Auf Verdienst dürfe der junge Gärtner nicht allzu großes Gewicht legen, denn später würde der Segen schon kommen!!! Mit der Lehrlingshaltung müsse Maß gehalten werden, denn wenn der Gärtner im gereiften Alter keine lohnende Stelle finden könnte, seien die Verhältnisse ungesund, das müßte entschieden besser werden.

Herr Hannes, Lehrer an der gärtnerischen Fortbildungsschule in Bonn, verbreitete sich über die berufliche Fortbildung des Gärtners. Er empfahl eine Reihe wissenschaftlicher Werke, darunter auch die von Andreas Voß.

Dann trat Herr Arends, Gärtnereibesitzer aus Ronsdorf auf den Plan und trug den Hörern seine Ansichten und Erfahrungen über die Berufs- und Wanderjahre vor, die bemerkenswert waren. Mit dem Inseratunfug in allen gärtnerischen Zeitungen müsse ein Ende gemacht werden. Es wäre ein Unding, als Gärtner in allen Zweigen des Berufes erfahren zu sein, die verschiedensten Spezialgebiete erforderten an sich einen ganzen Mann, deshalb wäre es notwendig, sich rechtzeitig klar zu werden, welchem Zweig man sich zuwenden wollte.

Im Zusammenhange machte er die jungen Hörer auf die Pflege der Berufswissenschaft aufmerksam. Nur tüchtige Gärtner könnten in dieser Zeit des wirtschaftlichen Niederganges sich behaupten. Es sei deshalb doppelte Pflicht für die jungen Gärtner, sich wieder Fachvereinen anzuschließen, anstatt in Verbände zu gehen, die sich nur mit Arbeitszeit und Lohnfragen befaßten. Gärtnereibesitzer Werner, Beuel, sagte im Schlußwort ganz offen, daß eine Reihe von den Erschienenen Zeit ihres Lebens von der Hand in den Mund leben müßten, aber das sollte sie nicht entmutigen, doch für das „bedrängte Vaterland“ alles zu tun. Ich mußte unwillkürlich an den Arbeiterdichter Bröger denken, der so schön gesagt hat:

„Herrlich zeigt es aber deine größte Gefahr,
daß dein ärmster Sohn auch dein getreuester war:
dank es, o Deutschland!

Wir aber haben erkannt, was der Zweck der Übung war.

Schulze.

Anmerkung der Schriftleitung: Von Herrn Arends hatten wir nichts anderes erwartet. Sein Alter hat ihn wohl etwas gedächtnisschwach gemacht. Sonst müßte er doch wissen, daß auch die Gewerkschaften das Fachliche pflegen. Wir erinnern ihn nur an unser Fachblatt, unsere Vorträge und Exkursionen.

Wenn alle diese Dinge, die wir unter dem Motto „Wissen ist Macht“ zusammenfassen, während der Inflation in den Hintergrund getreten sind, so nur deswegen, weil gerade Herr Arends und seine Kumpane eifrig bemüht waren, den Gärtnergehilfen durch niedrige Löhne und lange Arbeitszeit die Lust am Beruf zu verleiden. Was nützt der schönste Kursus, wenn man Hunger im

Leibe hat, was der größte Idealismus, wenn man schon nach kurzer Zeit erkennen muß, daß der gewählte Beruf einem keine Existenz bietet?

Warum wollen die Herren Unternehmer die Produktion einschränken, wenn sie nach ihrer Ansicht nicht genügend profitieren? Nun gut! Wer mag wohl viel Lust zur Mehrarbeit „im Interesse des Vaterlandes“ haben, wenn er sieht, wie schnuppe dem eigenen Chef das Vaterland ist, wenn er mal weniger verdienen oder mehr Steuern bezahlen soll?

Und noch eins: Weiß Herr Arends gar nichts mehr aus der Geschichte jener Verbände, in denen noch Arbeitnehmer und Arbeitgeber gleichzeitig saßen? Sind sie nicht alle schon vor 30 Jahren auseinandergefallen, weil die Gegensätze trotz aller Verkleisterungsversuche immer wieder nach oben drängten? Wie kann man denn glauben, daß es ausgerechnet heute möglich sein könnte, die Wirklichkeit zu verleugnen? In diesem Kampf um die Seele des Arbeiters ist es auf die Dauer unmöglich, sie an das Lager ihrer eigenen Gegner zu fesseln, nur eine kleine Zahl von Kriechern und Eunuchen ist bereit, sich selbst und die eigene Kollegenschaft zu verraten, zum Bremsklotz für die Befreiung der Arbeiterschaft zu werden.

Wir verachten solche Erbärmlichkeit, möge sich Herr Arends mit ihr abfinden.

Ein Lehrlingsprüfungsskandal im Rheinland.

Im § 4 der Verfügung des preußischen Landwirtschaftsministers über Regelung des Lehrlingswesens vom 10. Febr. 1919 heißt es:

„Der Prüfungsausschuß besteht aus 1. dem Vorsitzenden oder seinem Stellvertreter, 2. aus mindestens zwei weiteren Mitgliedern, von denen möglichst die Hälfte aus dem Kreise der Arbeitnehmer (erfahrene, ältere Gehilfen oder beamtete Gärtner) zu entnehmen ist.“

Trotz diesen klaren Bestimmungen gibt es fast in allen Kammerbezirken dauernde Klagen unserer dazu vorgeschlagenen Kollegen, daß sie so gut wie gar nicht zu den Prüfungen herangezogen würden. Beschwert man sich, kommt meist der Bescheid, die betr. Kollegen wären bei der Kürze der Zeit nicht zu erreichen oder verhindert gewesen, man hätte infolgedessen schnellstens Herrn Garteninspektor NN., der ja auch „Arbeitnehmer“ sei, herangezogen. Kurz und gut, es zeigt sich überall das Bestreben, die wirklichen Arbeitnehmer auszuschalten, den Ministerialerlaß zu umgehen, um möglichst unter sich zu bleiben. Denn daß man einen Garteninspektor noch als Arbeitnehmer im wahren Sinne des Wortes bezeichnen kann, glaubt ernstlich kein vernünftiger Mensch.

Wohin solche Methoden u. U. führen können, zeigt ein interessanter Fall aus dem Rheinland. Den Sohn des Gärtnereibesitzers Walter aus Köln-Bayenthal ließ man im Februar 1923 bei der Prüfung durchfallen, weil seine Gesamtleistung als ungenügend angesehen wurde. Dagegen erhob der gekränkte Vater Einspruch, weil er glaubte, daß der als „Arbeitnehmer“ fungierende städtische Gartendirektor H. R. Jung-Köln, mit dem er früher einmal eine unerquickliche Auseinandersetzung hatte, und der ihm deswegen feindlich gesinnt sein soll, der schuldige Teil sei. Diese Auffassung vertrat er auch schriftlich gegenüber der Landwirtschaftskammer und dem Freiherrn von Solemacher, wobei er darauf aufmerksam machte, daß sein Sohn bei Jung 3 Jahre zur Schule war, seine Führung und Leistung ebenso wie seine Zeugnisse aus der Fortbildungsschule stets gut gewesen seien. Außerdem hätte ein anderes Mitglied der Prüfungskommission, Herr Moll, sein Erstaunen über dieses Endergebnis geäußert, da der Junge doch das Werturteil „gut“ erhalten habe.

Überdies ging der Vater noch mehrermale selbst zur Landwirtschaftskammer mit der Bitte, seinen Sohn an einem andern Orte von einwandfreien Herren prüfen zu lassen, da in der Gruppe Köln des Handelsgärtnerverbandes angeblich unhaltbare Zustände herrschten. Nach einem Bericht, den er hierüber an den Freiherrn von Solemacher sandte, soll ihm sein Ersuchen jedesmal von Garteninspektor Löbner abgelehnt worden sein, auch Herr Jung wußte nicht recht, ob er Antwort geben sollte.

Dieses fortwährende Bohren hatte nun ein kaum glaubliches Ergebnis! Ohne jegliche weitere Prüfung erhielt Walter Jun. am 9. Juni 1923 ein Zeugnis, daß er am 26. Februar die Prüfung mit „Genügend“ bestanden habe und im Begleitschreiben wurde er dazu sogar noch beglückwünscht!

Natürlich ließ sich der Vater das nicht gefallen und so wurde sein Sohn im Februar 1924 zum zweiten Mal und zwar in Oberkassel geprüft, wobei er die Zensur „Gut“ bekam.

Es ist nicht unsere Absicht, uns in die persönlichen Reibereien der Streitenden und ihre Wirkungen einzumischen, wir fragen nur:

Wie ist es überhaupt möglich, daß eine über den Parteien stehende Amtsstelle sich dazu hergeben kann, für ein und dieselbe Prüfung zweierlei Zeugnisse auszustellen? Entweder befriedigen die Leistungen des Prüflings tatsächlich nicht, dann muß er ohne Rücksicht auf Personen und Verhältnisse unweigerlich durchfallen — oder die Ergebnisse waren gar nicht so übel, dann

hatte der junge Mann ein wohlbegründetes Anrecht auf eine Bescheinigung über das Bestehen der Prüfung.

Hier scheinen aber nicht sachliche, sondern persönliche Gründe eine Rolle gespielt zu haben und als man dann das Unhaltbare der Situation einsah, glaubte man, alles mit dem Trostpflaster eines besseren Zeugnisses überkleistern zu können.*

Wo bleiben bei solchen Machenschaften Treu und Glauben, wer soll dann überhaupt noch Zutrauen zur unantastbaren Unparteilichkeit dieses Gartenbauausschusses oder seiner Prüfer haben?

Mit dieser Heidentat hat er sich sein eigenes Todesurteil gesprochen und läßt es obendrein noch durch ein Schreiben der Landwirtschaftskammer vom 28. April d. J. an den Vater bestätigen. Die darin zutage tretenden kramphaften Bemühungen der Ablenkung lassen obendrein das Schuldbewußtsein der in Betracht kommenden Stellen oder Personen so unverhüllt erkennen, daß wir einige Sätze daraus als Schlußstein hier veröffentlichen wollen.

„Sie fragen nun an, ob diese (zweite) Prüfung notwendig war, wenn Ihr Sohn die erste Prüfung mit „Genügend“ bestanden hat. Nach den Bestimmungen über die Gärtnerlehrlingsprüfung kann die Prüfung nur wiederholt werden, wenn sie nicht bestanden ist. Die Niederschrift über die Prüfung enthält keine Note, sondern sagt, daß anheimgestellt wird, die Prüfung demnächst zu wiederholen.“

Also: Am 9. Juni 1923 bestätigt man das Bestehen der Prüfung mit „Genügend“ und trotzdem läßt man den Lehrling noch zu einer zweiten Prüfung zu, obgleich man selbst ausdrücklich sagt, das wäre nur möglich, wenn der Lehrling nicht bestanden hätte. Wer wird daraus schlau? Doch weiter! Am 20. März 1923 schreibt man dem Prüfling:

„Zu unserm Bedauern müssen wir Ihnen mitteilen, daß der Prüfungsausschuß zu dem Ergebnis gekommen ist, Ihre Prüfung als nicht bestanden anzusehen“ und im obigen Brief vom 28. April d. J. hat man die Kühnheit, zu behaupten, daß die Niederschrift keine Note über die Prüfung enthalte. Wenn das wirklich wahr wäre, müßte man ja ohne weiteres zu der Auffassung kommen, daß der Brief vom 20. März 1923 eine Fälschung der Niederschrift über die Prüfung vom 26. Februar 1923 enthält.

Weiter heißt es dann im Schreiben vom 28. April: Die zweite Prüfung sei aus Entgegenkommen gestattet worden. Ja, zum Teufel, wenn der Lehrling wirklich nicht bestanden hatte, mußte die zweite Prüfung automatisch stattfinden, es bedurfte gar keines Entgegenkommens. Da man aber am 9. Juni 1923 ausdrücklich unter Glückwünschen bestätigte, die Prüfung vom 26. Februar sei mit „Genügend“ bestanden, war die zweite Prüfung eine Ungehörigkeit und das Entgegenkommen ebenso.

Damit kämen wir zum Schluß! Beständen die rheinischen Prüfungsausschüsse nach dem Erlaß des Ministers zur Hälfte aus Arbeitnehmern, dann wären solche haarsträubenden Vorkommnisse einfach unmöglich. Deshalb fordern wir vom preußischen Landwirtschaftsministerium als der vorgesetzten Behörde, daß es sich hier endlich einmal dafür einsetzt, seinen eigenen Erlassen Achtung zu verschaffen und dafür zu sorgen, daß derartige „entgegenkommende“ Herren dorthin versetzt werden, wo ihr Entgegenkommen keine so heikle Angelegenheit wie die Lehrlingsprüfungen mehr kompromittieren kann. Im übrigen erlauben wir uns noch die Anfrage, welche Arbeitnehmerorganisation überhaupt Herrn Jung vorgeschlagen hat? Der Verband Deutscher Privatgärtner, als dessen Vertrauensmann Herr Jung doch s. Zt. berufen wurde, ist längst in die ewigen Jagdgründe hinübergegangen, und da Herr Jung nach einem Schreiben der rheinischen Landwirtschaftskammer vom 31. August 1920 an uns nur auf 3 Jahre gewählt worden ist, dürfte es recht interessant sein, zu erfahren, wer ihn später wieder an diese Stelle gewählt, bzw. vorgeschlagen hat, und ob ihm sein Amt auf Lebenszeit verliehen worden ist.

Keine Staatsverfassung ist unabänderlich; es liegt in ihrer Natur, daß sie sich alle ändern. Eine schlechte, die gegen den notwendigen Endzweck aller Staatsverbindungen streitet, muß abgeändert werden; eine gute, die ihn befördert, ändert sich von selbst ab. Die Klausel im gesellschaftlichen Vertrag, daß er unabänderlich sein solle, wäre mithin der härteste Widerspruch gegen den Geist der Menschheit. Ich verspreche, an dieser Staatsverfassung nie etwas zu ändern, heißt: Ich verspreche, kein Mensch zu sein, noch zu dulden, daß, soweit ich reichen kann, irgendeiner ein Mensch sei; ich begnüge mich mit dem Rang eines geschulten Tieres . . . Nein, Mensch, das darfst du nicht versprechen. Du hast das Recht nicht, auf deine Menschheit Verzicht zu tun. Dein Versprechen ist rechtswidrig, mithin-rechtsunkräftig.

Johann Gottlieb Fichte — wenda königlich preussischer Staatsprofessor an der Universität Berlin, gestorben vor 110 Jahren am 29. Januar 1814.

Die Christen auf der Rutschbahn.

Herrn Gustav Hülsler, früher Vorsitzender der Gärtnersktion des christlichen Landarbeiterverbandes, dann Redakteur des letzteren, war es bekanntlich gelungen, mit Hilfe der deutschen nationalen Partei, die den Parlamentarismus verachtet, in das Parlament einzuziehen. Zusammen mit seinem Fraktionskollegen, dem früheren Großadmiral Tirpitz und anderen „Volks“vertretern bekämpft er natürlich den letzten Rettungsanker für das deutsche Volk, das Dawes-Gutachten, in Wort und Schrift. Ausgerechnet im „Stahlhelm“, dem Organ eines revanchekriegslüsternen, also antichristlichen Vereins, schrieb er folgende dröhnende Epistel:

„Versailles, Dawes-Gutachten, Londoner Pakt, das ist ein Gebäude des Teufels, über dessen Pforte die höhnische Widmung an die deutschen Arbeiter geschrieben stehen könnte: „Laßt alle Hoffnung draußen!“

Und die Sozialdemokratie . . . ist für Dawes und London, damit die Beeinflussung und Ausbeutung der deutschen Wirtschaft durch das internationale Finanzkapital den Klassenkampf in Deutschland . . . verewigen soll. Die Erfüllungsversuche müssen Lohn und Lebenshaltung des deutschen Arbeiters niederhalten.“

Und was tat kurz darauf dieser famose Herr?

Er stimmte mit 47 Kollegen seiner „Fraktion Mampe halb und halb“ für die Annahme des Gesetzes zur Verwirklichung des Londoner Paktes und für die Erfüllungspolitik, tat also dasselbe, wie die Sozialdemokratie, nur mit dem Unterschied, daß es letzterer ernst war mit der Befreiung des deutschen Volkes, während die Fraktion Mampe ihre Gesinnung um vier Ministersessel verkaufte und dann noch tobte, als man ihr diesen Judasschilling nicht gewähren wollte.

Der Liegnitzer „Landbote“ vom 28. September schreibt zu diesem ungläublichen Vorgang ganz richtig: „Auf diese Arbeitervertreter können die deutschen nationalen Schafe wirklich stoß sein!“

Wir haben keine Veranlassung, dieser Meinung zu widersprechen, denn vor uns liegt ein Bericht aus der „Schlesischen Gärtnerbörse“ vom 1. November über die Blumen-, Obst- und Gemüseschau der Gärtnerchristen in Oels. Dort hat die 9jährige Tochter eines Arbeitgebers (!) einen „sinnreichen“ Prolog gesprochen, in dem folgende Stellen vorkommen:

„Blumen wollen heut Dich grüßen, edle Fürstin, hohe Frau!“ Und: „Unserm Streben, unserm Walten willst Du, Fürstin, Schutz verleih!“ . . . Ferner: „Nimm den Strauß hier, hohe Frau!“

Gemeint ist hier zweifellos die Frau des durch sein Charleviller Etappenleben rühmlichst bekannten früheren deutschen Kronprinzen, aber, oh weh, sie war gar nicht in höchst eigener Person erschienen, sondern hatte eine Frau von Müller geschickt, der man nun in Ermangelung eines besseren den schönen Strauß aushändigen mußte, nachdem sie sich vorher in Vertretung auch die Anhimmlung hatte gefallen lassen müssen.

Wenn irgend ein wild gewordener Kriegerverein demonstrativ die Exkronprinzessin zur Protektorin seines Rummels macht, dann ist das noch einigermaßen verständlich, wenn aber die Ortsgruppe eines Arbeitervereins etwas derartiges tut, dann weiß man wirklich nicht, ob man mehr über die Dummheit oder Frechheit staunen soll. Das ist ein würdiges Gegenstück zu der schweifwedelnden Kaiserinnummer des früheren V.D.P.

Führende Personen der christlichen Gewerkschaften bekennen sich freimütig zur Republik, das Zentrum hat wiederholt hervorragende Köpfe wie Erzberger, Wirth und Marx zur Leitung dieses Volksstaates entsandt, aber der christliche Gärtnerverband“ hält es für geschmackvoll, Götzendienst mit einer Verwandten des fliegenden Holländers zu treiben, dem das deutsche Volk sein ganzes Elend verdankt. Kein Wunder, wenn der christliche Landarbeiterverband mit seinem Anhängsel“ in dem Kreise der übrigen christlichen Gewerkschaften als ein enfant terrible (Schreckenskind) betrachtet wird.

Dafür, daß er das auch wirklich ist, haben wir noch einen weiteren Beweis. In Nr. 14 des „Zentrablattes der christlichen Gewerkschaften“ wird betreffs landwirtschaftlicher Schutzzölle gesagt, daß vorerst einmal die verteuerten Zwischenglieder ausgeschaltet werden müßten. Ferner hätte sich die Landwirtschaft zu bemühen, den Bedürfnissen des deutschen Volkes in weitestgehendem Maße gerecht zu werden. Das sei bisher nicht geschehen, wie das Fallenlassen des „Landwirtschaftlichen Hilfswerkes“ beweise. Die Zollvorlage komme zum denkbar ungünstigsten Augenblicke, denn den Arbeitermassen gehe es viel schlechter als den Landwirten, und erstere hätten die Rücksichtslosigkeit noch nicht vergessen, mit der die Landwirtschaft die Lebensfragen der Arbeiter in der Zeit höchster Not ignorierte. Also durchaus vernünftige Ansichten des führenden Organs!

Was tut nun aber dessen ungeachtet die Gärtnersktion des christlichen Landarbeiterverbandes? Sie forderte auf ihrer Tagung in Breslau am 28. September nicht nur einen lückenlosen Schutzzoll für gartenbauliche Erzeugnisse, sondern auch so hohe Zollsätze, daß die Preise des ausländischen Obstes und Gemüses den deutschen Produktionskosten entsprächen.

Hier kann man wahrhaftig nur ausrufen: Vater vergib ihnen, denn sie wissen nicht, was sie tun.

Noch nicht einmal die ärgsten Zollfreunde im Arbeitgeberlager haben bis jetzt einen „lückenlosen“ Tarif gefordert, außerdem beteuern sie immer, nur sogenannte Existenzzölle, aber nicht solche zu fordern, die jegliche Einfuhr stoppen. Und dann: Seit wann sind denn die deutschen Produktionskosten höher als die ausländischen? Haben vielleicht die Gärtnerchristen irgendwo so hohe Tariflöhne errungen, daß die Konkurrenzfähigkeit des deutschen Gartenbaues auf dem Weltmarkt dadurch erschüttert wird?

Arbeitskämpfe und Tarife

Breslau. Landschaftsgärtnerei. Ab 24. Oktober beträgt der Stundenlohn für Anlagenleiter 70 Pf., Gehilfen 60 bis 65 Pf., Arbeiter 53 Pf., Arbeiterinnen 33 Pf.

Leipzig. Landschaftsgärtnerei. Ab 16. Oktober erhalten Obergärtner und Anlagenleiter 70 Pf., Gehilfen 58 bis 65 Pf., Arbeiter 52—62 Pf., Arbeiterinnen 40—52 Pf. pro Stunde.

Essen a. R. Landschafts- und Privatgärtnerei. Ab 1. November gelten folgende Stundenlöhne: Gärtner über 21 Jahre, nach einjähriger Branchentätigkeit, 65 Pf., im 1. Jahr der Branchentätigkeit 61 Pf.; Gärtner unter 21 Jahren nach einjähriger Branchentätigkeit 59 Pf., im 1. Jahre der Branchentätigkeit 57 Pf. Leitende Kräfte erhalten 10 Proz. Aufschlag.

Hamburg. Im Baumschulgebiet Halstenbek-Rellingen beträgt der Stundenlohn ab 30. Oktober für Gärtner 45—54 Pf., Arbeiter über 18 Jahre 41—50 Pf., Arbeiterinnen über 16 Jahre 27—29 Pf.

Berlin. Landschaftsgärtnerei. Ab 3. November ist der Stundenlohn für Gärtner und Arbeiter um 5 Pf., für Arbeiter unter 20 Jahren um 4 Pf., für Arbeiterinnen um 3 Pf. erhöht worden.“ Der Spitzenlohn beträgt also für Gärtner 80 Pf., Arbeiter 72 Pf., Arbeiterinnen 45 Pf. pro Stunde. Obergärtner und Anlagenleiter erhalten 85 Pf. pro Stunde.

Frankfurt a. M. Die in Nr. 22 angegebenen Löhne der Landschaftsgärtnerei sind 3 Pf. pro Stunde niedriger.

Erlurt. Erwerbsgartenbau: Ab 31. Oktober neuer Lohnstarif mit folgenden Spitzenlöhnen: Gärtner 51 Pf., Arbeiter 41 Pf., nach dreijähriger Betriebstätigkeit 43 Pf., Arbeiterinnen 27 resp. 29 Pf. Der Höchstlohn wird bei männlichen mit 24, bei weiblichen mit 20 Jahren erreicht. Lehrlinge erhalten im 1. Halbjahr 3 M., steigend bis zum 3. Lehrjahre 8 M. die Woche.

München. Landschaftsgärtnerei: Der Spitzenlohn beträgt ab 1. November 68 Pf., Erwerbsgärtnerei 54 Pf., Staatsgärten 60 Pf.

Lehrlings- und Bildungswesen

Lehr- und Forschungsanstalt für Wein-, Obst- und Gartenbau in Geisenheim.

Der Herr Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten hat im Hinblick auf die der Forschungstätigkeit an der Höheren, staatlichen Lehranstalt für Wein-, Obst- und Gartenbau in Geisenheim a. Rh. zukommende besondere Bedeutung durch Erlaß vom 19. Oktober 1924 an dem Tage, an dem vor 52 Jahren die feierliche Eröffnung der Anstalt stattgefunden hat, bestimmt, daß die Lehranstalt Geisenheim fortan die Bezeichnung „Lehr- und Forschungsanstalt für Wein-, Obst- und Gartenbau“ führe.

Es ist mit Freuden zu begrüßen, daß nun auch die bedeutendste preußische Staatslehranstalt auf dem Gebiete des Wein-, Obst- und Gartenbaues die Würdigung gefunden hat, die ihr in der Fach- und wissenschaftlichen Welt des In- und Auslandes vorurteilslos gezollt wird.

Berichte

Piltzers Gladiolen mittelst Flugzeug zur Londoner Ausstellung.

Wie fast sämtliche Londoner Abendblätter vom 10. Sept. 1924 berichten, hat die Stuttgarter Firma Wilhelm Piltzer, die durch ihre Neuzüchtungen in Gladiolen weltbekannt ist, ihre Erzeugnisse zur Londoner Gladiolen-Schau mittelst Flugzeug gesandt. Infolge der raschen Beförderung sind die Blumen tadellos angekommen und haben großes Aufsehen erregt.

Bemerkenswert ist, daß z. B. die Londoner Zeitung „Star“ und andere die Freude über die Wiederaufnahme der Geschäftsverbindung zwischen Deutschland und England in folgenden Worten zum Ausdruck bringt:

„Wir wollen Freihandel für Kunst und Schönheit, wir müssen ebensowohl von Deutschland Gladiolen sehen, wie von Holland und der eigenen Heimat.“

Diesen recht vernünftigen Worten stellen wir die unserer deutschen Gartenbauern gegenüber, als die Holländer anfangen, Schnittblumen per Flugzeug nach Deutschland zu senden. Da gab es nur einen Schrei der Entrüstung und einen weiteren nach Schutzzoll. Das Vorgehen Piltzers zeigt aber, daß man auch anders kann. Hoffentlich kommt man bald überall zur besseren Einsicht.

Leicht ist die schwache Kraft des Einzelnen gebrochen, Vereinte Kräfte wird man niemals unterjochen.

Rundschau

Die Gewerkschaften bleiben in Bereitschaft.

Die Spitzenverbände der freien Gewerkschaften Deutschlands erlassen einen Aufruf zur Frage des Volksentscheids über den Achtstundentag, in dem es u. a. heißt:

Angesichts der bisher bekanntgewordenen Auffassung der Reichsregierung zur Arbeitszeit und des ungestümen Drängens der deutschen Arbeitgeberverbände nach Verlängerung der Arbeitszeit ist das Schicksal eines deutschen Arbeitszeitgesetzes, das den Bestimmungen des Washingtoner Abkommens entspricht, zweifelhaft. Ungewiß ist auch die Stellung des Deutschen Reichstags zur Ratifikation des Abkommens.

Die Gewerkschaften haben dem Volksentscheid über die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens vorbereitet. Da der Volksentscheid sofort durchzuführen ist, wenn der Reichstag bei der Schaffung der Gesetze versagt, müssen die bereits eingeleiteten Geldsammlungen zur Deckung der erheblichen Kosten des Volksentscheides mit der größten Beschleunigung fortgesetzt und durchgeführt werden.

Kein Arbeiter, Angestellter, Beamter darf sich der Pflicht entziehen, seinen Beitrag für die Finanzierung des Volksentscheides zu leisten.

Für die deutschen Arbeitnehmer gilt der Kampf um den Achtstundentag gleichzeitig der Sicherung einer sozial gerechten Verteilung der Reparationslasten. Darüber hinaus kämpfen nunmehr die deutschen und die ausländischen Gewerkschaften gemeinsam für den kulturellen Aufstieg der Arbeiter, Angestellten und Beamten der Welt.

Aufwertung und Umstellung alter Lebensversicherungen.

Die Aufwertung der auf Reichsmark lautenden Vermögensanlagen soll dem Reichstag zur endgültigen Stellungnahme vorgelegt werden. In einem Unterausschuß ist hierüber bereits verhandelt und eine 15-prozentige Aufwertung als grundlegend angesetzt worden.

Das bedeutet naturgemäß auch eine Aufwertung der Lebensversicherungen, deren Höhe sich leider noch nicht bestimmen läßt, da sie abhängig ist von den Aufwertungen, welche die betreffende Versicherungsgesellschaft, bei welcher man versichert hat, erfährt. Einige Beispiele seien aufgeführt: Eine Versicherung hatte ihr gesamtes Kapital in Hypotheken investiert. Angenommen, diese werden mit 15% aufgewertet, so beträgt die Aufwertung der Policen gleichfalls 15%. Eine andere Gesellschaft hat ihr Kapital zur Hälfte in Hypotheken, zur anderen Hälfte in Bankguthaben angelegt. Da letztere eine Aufwertung nicht erfahren werden, so kommt in diesem Falle für das Gesamtkapital nur eine Quote von 7½% in Frage.

Eine Police hat demnach folgenden Wert: Lebensversicherung abgeschlossen 1912 über M. 5000 auf 20 Jahre; gezahlt wurden an

Prämie M. 250 jährlich. Es wird nun folgendermaßen verfahren: 1912 bis 1918 = 7 vollwertige Zahlungen; 1919 bis 1923 = 5 minderwertige Zahlungen oder ¾ vollwertige Zahlung. Das sind insgesamt also 7½ vollwertige Zahlungen oder angerechnete Prämie 7½ mal M. 250 gezahlter Jahresprämie = M. 1875. Wird das Kapital der Gesellschaft nun aufgewertet um 10%, so stellt sich der Aufwertungsanspruch des Versicherten auf M. 187,50; wird das Kapital der Gesellschaft dagegen aufgewertet um 5%, so beträgt der Anspruch des Versicherten nur M. 93,75 usw.

Die in der Inflationszeit abgeschlossenen Versicherungen haben naturgemäß einen weit geringeren Wert und sind am besten gegen eine neu auf Goldmark lautende umzutauschen. Die Vorkriegsversicherungen dagegen läßt man bis zur gesetzlichen Aufwertung liegen, es sei denn, daß dem Policeninhaber seitens der Versicherungsgesellschaft ein annehmbarer über den obigen Sätzen liegender Vorschlag gemacht würde.

Im übrigen möchte ich nicht unerwähnt lassen, daß sich die Gesellschaften heute auf Dollar- und Feingoldbasis umgestellt haben, sodaß staatliche Eingriffe die Wertbeständigkeit der Lebensversicherungsansprüche nicht mehr erschüttern können. (Anmerkung der Schriftleitung: Das hier erläuterte Verfahren gilt dann natürlich auch für Sparkassenguthaben, weil die Sparkassen ihre Gelder ja auch verschieden angelegt haben.)

W. A. Schewe, Berlin.

Bekanntmachungen

Remscheld. Nächste Versammlung der Ortsgruppe am Freitag, den 14. November, abends 8 Uhr im Volkshaus, Birgdenkammerstraße 59, dann regelmäßig alle 14 Tage Freitag abends, daselbst. Sprechstunden in allen Organisationsangelegenheiten jeden Mittwoch Abend von 7—9 Uhr beim Kollegen Werner, Ibacherstraße 41.

Sterbetafel

Nach längerem Krankenlager starben die Mitglieder der Verwaltung Quedlinburg **Emil Fricke**, am 11. Oktober, im 57. Lebensjahre und **Dorothea Köhler**, am 3. Oktober, ebenfalls 57 Jahre alt.

Am 24. Oktober starb plötzlich das Mitglied der Verwaltung Flensburg, der Kollege **Hans Hansen** im Alter von 60 Jahren. Er stand als Gewerkschafter dauernd in den vordersten Reihen.

Ehre ihrem Andenken.

Bücherschau

„Was hat der Betriebsrat zu tun?“ Ein Leitfadens für Betriebsräte. Herausgegeben von der Freigewerkschaftlichen Betriebsrätezeitung der Berliner Gewerkschaftskommission und des Ortskartells Berlin des Afa-Bundes.

„Wir wollen werben — Wir wollen wecken...“ Gedichte für die arbeitende Jugend von Ludwig Lessen. Arbeiterjugend-Verlag, Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

Achtung!

Der

Allgemeine Deutsche Gärtnerkalender

erscheint im Dezember nach einer 10jährigen Pause für das Jahr 1925 wieder. Ein umfassendes Kalendarium mit Platz für Notizen, zahlreiche gärtnerische Tabellen, die wichtigsten Bestimmungen über Arbeitsgerichte, Gewerbegerichte, ordentliche Gerichte, Lehrlings- und Obergärtnerprüfungen, Posttarif usw. machen ihn für jeden Kollegen zu einem unentbehrlichen Ratgeber und gern gesehenen Freund

Preis bei 224 Seiten Umfang nur 1,— M. zuzüglich 10 Pf. Porto. Bestellungen nehmen Gau- und Hauptgeschäftsstelle entgegen

Gärtnerei

zu verkaufen

In Spandau gelegen, mit 5 Morgen Land, 2 großen Gewächshäusern, Stallung etc., Wohnhaus mit freierw. 3 Zimmer-Wohnung, bei erleichterten Zahlungsbedingungen.
Geff. Offerten unter Chiffre C. 20, Geratmanns Annoncenbüro, Berlin, Alexanderplatz 1.

Reklamepreis n. M. 4.00

kostet echte deutsche Herren-Anker-Uhr Nr. 52, stark vernickelt, zirka 30 stünd. Werk, genau reguliert, . . . nur 4,— Mk.
Nr. 53, dies. m. Schar. n. 4,50 „
Nr. 51, diese b. echt vers. m. Goldrand u. Schar. n. 5,— „
Nr. 55, ds. m. bess. Werk. n. 6,50 „
Nr. 58, mit Sprungdeckel ganz vergoldet. . . . 12,50 „
Nr. 39, Damenuhr versilb. m. Goldrand. . . . nur 7,50 „
Nr. 79, ds. kl. Form nur 10,— „
Nr. 81, dies., echt Silb., 10 Steine, nur 20,— Mk.
Nr. 47, Armbanduhr m. Riemen n. 5,— Mk.
Nr. 44, dies. moderne Form mit bess. Werk n. 12,— Mk.
Wecker, Ja Messingw. n. 2,90 Mk., Met.-Uhrkapsel nur 0,25 Mk.
Panzerkette, vern. nur 0,80 Mk., echt versilbert nur 1,50 Mk., echt vergold. nur 2,— Mk.
Golddoublekette 5,— Mk.
Von den Uhren Verkaufte jährl. zirka 10000 Stck.
Uhren-Klasse, Berlin SW 212, Lassauer Str. 6



Links hoch, nur 0,40 Mk. mit Uhr
rechts hoch, nur 0,40 Mk. mit Uhr

Bel mir... Radio

auf Ratenzahlung, Erstklass., behördlich zugelassen

2-Röhren-Post-Apparate

Patente Telefunken
Marke „Schallilla“

mit Rück-Kopplung geben wir an Beamte, Angestellte u. Arbeiter in fester Position sofort lieferbar ab. Erfragen Sie die Bedingungen.

Elma G. m. b. H., Berlin SW 29

ERNST HESS
gegr. 1872
Klingenthal i. Sa.
Nr. 279
Alle Musik-Instrumente
Harmonikas, Sprechapparat, Fabrikation! Niedrigste Fabrikpreise. Gr. Jub.-Katalog gratis. Schallplatten Stück 2,30 M.

Erfindungen

Patente, Ideen, Must. Schutz sucht
Elma, Bin. SW 61